

nachrichten

Offene Auseinandersetzungen zwischen der Militärregierung und den demokratischen Kräften prägten in den vergangenen Wochen die innenpolitische Lage in Burma. Hatte sich die demokratische Opposition, insbesondere die National League for Democracy (NLD) unter Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, in den letzten Monaten und Jahren gezwungenermaßen eher zurückgehalten, so ging sie nun im Rahmen ihrer von der Junta extrem eingeschränkten Möglichkeiten voll auf Konfrontationskurs. Ihren Anfang nahm die politische Eskalation Ende Mai, als die NLD die Junta ultimativ aufforderte, bis zum 21. August das 1990 gewählte Parlament einzuberufen. Die Militärregierung machte keinerlei Anstalten, der Forderung nachzukommen und verschärfte statt dessen einmal mehr ihr Vorgehen gegen die Opposition. NLD-Abgeordnete müssen sich nun zweimal täglich bei den Behörden an ihrem Wohnort melden. Seit Anfang Juni wurden über 100 NLD-

Politische Lage spitzt sich immer mehr zu

Mitglieder und Anhänger verhaftet. Angeheizt wurden die Spannungen durch eine Reihe von für das Regime sehr unangenehmen Gedenktagen, wie den zehnten Jahrestag des Massakers von Rangun am 8. August. Zwar blieb es an diesem Tag — wie auch am 21. August — dank massiver Sicherheitsvorkehrungen ruhig; die angespannte Atmosphäre war jedoch überall deutlich zu spüren. In den Blickpunkt der internationalen Öffentlichkeit rückte die aktuelle Situation durch zwei spektakuläre »stand-offs« zwischen Daw Aung San Suu Kyi und Vertretern der Staatsmacht. In den vergangenen zwei Monaten gelang es der Friedensnobelpreisträgerin, die de facto unter Hausarrest steht, viermal, ihren Bewachern zu entweichen und sich mit dem Auto auf den Weg zu Parteifreunden außerhalb Ranguns zu machen. Jedes Mal wurde sie von Polizei und Armee angehalten und an der Weiterfahrt gehindert. Sie beharrte jedoch auf ihr Recht auf Freizügigkeit und weigerte sich umzukehren. Die ersten beiden Zwischenfälle dieser Art endeten damit, daß die Menschen, die Daw Suu besuchen wollte, zu ihr gebracht wurden. Beim dritten Mal wurde sie sechs Tage lang an einer Straßensperre festgehalten und dann gewaltsam nach Rangun zurückgebracht. Die Konfron-

tation erfolgte zeitgleich mit dem diesjährigen ASEAN-Außenministertreffen in Manila und machte Burma zum Top-Thema der Konferenz. Der burmesische Außenminister U Ohn Gyaw mußte harsche Kritik seiner Amtskollegen aus den ASEAN-Staaten, der EU und insbesondere von US-Außenministerin Madeleine Albright einstecken. Sie bezeichnete Burma als Pulverfaß, das jeden Moment explodieren und die Stabilität der gesamten Region gefährden könne. Die Mitglieder der Militärregierung seien für die Gesundheit und persönliche Sicherheit Aung San Suu Kyis sowie für jede weitere Eskalation voll verantwortlich. Erwartungsgemäß wies die Junta alle Vorwürfe zurück und erklärte an die Adresse der USA, sie veranstalteten eine Hexenjagd auf Burma und spielten sich als Ankläger, Richter und Henker in einer Person auf. Innenpolitisch legten die Generäle ein ambivalentes Verhalten an den Tag. Einerseits erstickten sie alle Protestaktionen im Keim. Andererseits traf General Khin Nyunt zweimal zu Gesprächen mit NLD-Generalsekretär Aung Shwe zusammen, die von der Junta als »fruchtbar«, von der NLD jedoch als wenig produktiv gewertet wurden, zumal die Generäle direkte Verhandlungen mit Aung San Suu Kyi weiterhin ablehnen. Ihren vor-

läufigen Höhepunkt erreichten die Spannungen Ende August, als Aung San Suu Kyi erneut an der Fahrt zu Parteifreunden auf dem Land gehindert wurde und dreizehn Tage bei glühender Hitze in ihrem Auto verbrachte. Lebensmittel und medizinische Versorgung wurden ihr weitgehend vorenthalten und am 24. August mußte sie aus gesundheitlichen Gründen aufgeben und nach Hause zurückkehren. Der Kampfgeist der 53jährigen Politikerin ist jedoch ungebrochen. Bereits wenige Tage später erklärte sie vor rund 500 Anhängern, daß die NLD das Parlament auf eigene Faust einberufen werde. Diesmal ließ die Reaktion der Militärregierung nicht lange auf sich warten. Die Junta erklärte, das Parlament könne erst einberufen werden, wenn die neue Verfassung, die seit Jahren auf sich warten läßt, das Verfahren genau regelt. Eine einseitige Einberufung des Parlaments durch die NLD sei illegal und werde ein Verbot der Partei nach sich ziehen. Mehrere NLD-Abgeordnete aus den Gebieten der nicht-burmesischen Nationalitäten wurden inzwischen verhaftet, weil sie dem Aufruf Suu Kyis gefolgt waren und sich auf den Weg nach Rangun gemacht hatten.

vgl. *Burma Report* Nr. 5

Burmafrage spaltet ASEAN

Die politische Eskalation in Burma war ein zentrales Thema der diesjährigen ASEAN-Außenministerkonferenz, die Ende Juli in Manila stattfand. Bereits im Vorfeld des Treffens hatte sich der thailändische Außenminister Surin Pitsawan dafür ausgesprochen, mit dem ASEAN-Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Mitgliedsstaates zu brechen. Wenn nationale Ereignisse andere Länder der Region in Mitleidenschaft zögen, solle das Bündnis nun »flexibles Engagement« an den Tag legen, al-

so aktiv Einfluß auf die jeweilige Entwicklung nehmen. Surins Vorstoß wurde von seinem philippinischen Amtskollegen Siazon unterstützt. Er rief das burmesische Volk dazu auf, dem philippinischen Vorbild zu folgen und die Militärjunta in einer gewaltlosen Revolution zu stürzen. Die Außenminister der sieben übrigen ASEAN-Staaten lenkten jedoch nicht auf die Linie von Surin und Siazon ein. Im Schlußkommuniqué manifestierte der Staatenbund noch einmal seine traditionelle Politik. Wörtlich heißt es hier: »Das Prinzip der Nichteinmischung muß im Verhältnis zwischen der ASEAN und ihren Dialogpartnern beibehalten werden.«

vgl. *Burma Report* Nr. 5

Minen zerstören Lebensgrundlage im Chin-Staat

Hunderttausende von Landminen hat die burmesische Armee seit Juni 1997 im Chin-Staat gelegt, um die Chin National Army zu schwächen. Die Folgen für die Zivilbevölkerung sind verheerend. Hunderte von Toten und Verletzten haben die Minen bereits gefordert. Hilfe für die Opfer gibt es praktisch nicht: Medizinische Einrichtungen sind in der Region nicht vorhanden. Schwersten Schaden hat auch die Landwirtschaft genommen, die die Lebensgrundlage der Chin bildet.

Viele Bauern verloren durch die Minen ihre Nutztiere. Die Felder sind mit den Sprengkörpern geradezu verseucht und können nicht bestellt werden. Eine Hungersnot droht.

vgl. *Burma Debate*, Vol. V, No. 2 98

Kyat erreicht neuen Tiefstand

Die angespannte politische Lage in Burma hat den Kyat weiter geschwächt. Ende August wurde er auf dem Schwarzmarkt gegenüber dem US-Dollar mit 1 zu 400 gehandelt. Der offizielle Wechselkurs liegt weiterhin bei 1 zu 6.

vgl. *FEER*, 21. 8. 1998

Studentendemonstrationen in Rangun

Mehr als zweihundert Studierende versammelten sich am 24. August vor der Universität in Rangun, um gegen das Militärregime und für eine Demokratisierung des Landes zu demonstrieren. Sie sangen Protestlieder, verteilten Flugblätter und schwenkten Fahnen mit dem kämpfenden Pfau, dem Symbol der Demokratiebewegung. Innerhalb kürzester Zeit schlossen sich rund 1000 Personen den Protesten an. Polizei und Armee zerstreuten die Demonstranten schließlich; etwa 100 Personen wurden verhaftet. Ihr Schicksal ist bislang unklar. Die Aktion war die erste ihrer Art seit fast zwei Jahren. Beobachter werteten

den Vorfall als Zeichen für das wachsende Selbstbewußtsein der Opposition. »Es war eine sehr mutige und vielleicht auch ein wenig naive Aktion«, meinte ein ausländischer Diplomat in Rangun. »Das Entscheidende ist aber, daß die Studenten sich stark genug fühlten, um dieses politische Zeichen zu setzen.« Aung Naing Oo, außenpolitischer Sprecher der All Burma Students' Democratic Front (ABSDF), einer der einflußreichsten demokratischen Exil-Organisationen, erklärte, daß der ersten Demonstration weitere folgen würden. »Wir haben alles versucht, um die Junta zu Verhandlungen mit der Opposition zu zwingen.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, den Druck zu erhöhen, damit endlich eine friedliche Lösung gefunden werden kann«, so Naing Oo. Mit einer blutigen Niederschlagung der Proteste, wie es sie in der Vergangenheit wiederholt gegeben hat, rechnet Naing Oo nicht: »Die Junta wird sich sehr genau überlegen, ob sie Gewalt gegen Demonstranten anwendet. Denn diesmal steht Burma im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit und ein einziger Funke genügt, um das ganze Land zur Explosion zu bringen.« Ausländische Burma-Experten teilen Naing Oos Ansicht. Sie gehen überwiegend davon aus, daß es in naher Zu-

nachrichten

kunft zu einem Dialog zwischen Junta und Opposition kommen wird und daß sich eine Aufgabenteilung finden läßt, mit der beide Seiten zufrieden sein können.

vgl. BBC East Asia Today,
25.8.1998

US-Ölriese ARCO zieht sich zurück

Der US-Ölkonzern Atlantic Richfield Company (ARCO) wird in Zukunft kein Erdgas mehr im Golf von Martaban vor der Küste Burmas fördern. Das gab Unternehmenssprecher Al Greenstein am 10. August bekannt. In den vergangenen drei Jahren hatte ARCO an zwei Stellen nach Erdgas gebohrt und insgesamt rund 50 Millionen Dollar in das Projekt investiert. Mit den jahrelangen Protesten von Menschenrechtlern gegen das ARCO-Engagement habe der Rückzug nichts zu tun. »Die Fördermengen waren einfach zu gering«, so Greenstein. Bereits im Juli war ein anderes mit ausländischen Geldern finanziertes Großprojekt in Burma gescheitert. Die

Ölkonzerne Total, Unocal und Mitsui wollten 800 Millionen Dollar in ein sogenanntes »3-in-1«-Projekt investieren. Das Geld sollte zum Bau eines hochmodernen Elektrizitätswerkes, einer Kunstdüngerfabrik und einer Pipeline dienen, die Erdgas zum Betrieb der beiden Anlagen von der umstrittenen Yadana-Pipeline heranzuführen sollte. Die Pläne sahen vor, daß sich die Militärregierung an den Baukosten beteiligt und Erdgas aus ihrem Anteil am Yadana-Gasfeld beisteuert. Diesen Verpflichtungen konnten die Generäle aufgrund mangelnder Devisenreserven jedoch nicht nachkommen.

vgl. Burma Report Nr. 5

Thailändischer Vizeaußenminister zu Gast

Der stellvertretende thailändische Außenminister, Sukhumbhand Paribatra, stattete Burma am 24. und 25. August einen offiziellen Besuch ab. Anlaß war der fünfzigste Jahrestag der Eröffnung der thailändischen Botschaft in Rangun. Sukhumbhand traf während seines Aufenthalts mit führenden Vertretern der Junta zusammen und betonte immer wieder die Bedeutung guter nachbarschaftlicher Beziehungen zwischen Thailand und Burma. »Burma ist unser größter Nachbar und wird in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht immer wichtig für uns ein«, erklärte er unter anderem.

Thailand wolle in Zukunft vor allem die binationale Zusammenarbeit auf Graswurzel-Ebene intensivieren. Sukhumbhands Besuch war mit Spannung erwartet worden, weil er nur wenige Tage nach der Freilassung dreier thailändischer Menschenrechtsaktivisten durch das burmesische Regime erfolgte und Thailand beim ASEAN-Außenministertreffen Ende Juli in Manila scharfe Kritik an der Junta geübt hatte. Die erwarteten Unstimmigkeiten blieben aber aus.

vgl. AFP, 24.8.1998

Niederländische Regierung will Sanktionen

Die niederländische Regierung befürwortet Wirtschaftssanktionen gegen Burma und prüft zur Zeit, ob sich auf EU-Ebene Verbündete für einen solchen Schritt finden lassen. Das erklärte Außenminister Jozias van Aartsen am 21. August vor dem Parlament in Den Haag. Der Vorstoß der Niederländer steht in engem Zusammenhang mit einem Großauftrag, den der Rotterdamer Konzern ICH Caland NV im Juli

von Premier Petroleum Myanmar erhielt. Die Firma wird eine schwimmende Förderplattform für die Erschließung von Öl- und Gasfeldern vor der burmesischen Küste bauen. Abgeordnete verschiedener Parteien und Menschenrechtler hatten die Regierung nach Bekanntwerden der Auftragsvergabe zu einer eindeutigen Stellungnahme aufgefordert.

vgl. Het Financieel Dagblad,
22.8.1998

Bundesregierung stellt Gelder für Flüchtlinge bereit

Die deutsche Bundesregierung stellt Mittel in Höhe von 350.000 US-Dollar für Flüchtlinge aus Burma bereit. Die Gelder sollen vor allem den rund 21.000 Menschen zugute kommen, die zur Zeit in Flüchtlingslagern in Bangladesch leben. Es handelt sich überwiegend um muslimische Rohingyas aus dem Arakan-Staat, die in Burma wegen ihrer Religion und ihrer ethnischen Zugehörigkeit massiver Diskrimi-

nierung und Verfolgung ausgesetzt sind. Trotz jüngster Absprachen über eine Rückführung zwischen Rangun und Dacca können und wollen die meisten von ihnen aus Angst vor Repressalien nicht in ihr Heimatland zurückkehren.

vgl. Burma Report Nr. 5